

Rede zum Haushalt 2018

(Es gilt das gesprochene Wort)



WIR machen Politik

für **UNSERE** Bürger

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Zuhörer,

Düsseldorf ist eine schöne Stadt, wenn nicht sogar die schönste unseres Landes. Auf den ersten Blick sprechen viele Gründe dafür, warum es hier lebenswerter ist als in anderen Kommunen. Der Anteil der Haushalte mit überdurchschnittlich hohem Einkommen ist gestiegen und liegt bei 37 Prozent. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhöhte sich in den letzten fünf Jahren auf über 223.000 und die Beschäftigungsquote erreicht 54 Prozent. Die Arbeitslosen-Quote beläuft sich dank großzügiger Berechnungs- und Ausschlusskriterien auf 8,1 Prozent. Da verwundert es kaum, dass die Kaufkraft über dem Bundesschnitt liegt. Selbst Taschendiebe wissen, dass das Beuteaufkommen in Düsseldorf weitaus größer ist als in anderen Städten.

Wirtschaftlich steht unsere Stadt nach außen hin gut dar, selbst wenn das Bild in den vergangenen Jahren immer größer Risse bekommen hat. Nach dem Haushaltsentwurf beliefen sich die Gesamteinnahmen auf über 2,7 Milliarden Euro und die Ausgaben auf fast 2,8 Milliarden, weshalb Einsparungen i.H.v. rund 120 Millionen gesucht wurden.

In den vergangenen Jahren hatte die Kämmerei regelmäßig davor gewarnt, dass die Ausgaben nicht durch den Verkauf von Tafelsilber gedeckt werden können und langfristig andere Konzepte folgen müssten, die eben keinen einmaligen Effekt haben. Tatsächlich geändert hat sich aber nichts.

Vielmehr wurde – wie von der Bezirksregierung bereits moniert – innerhalb von 8 Jahren Eigenkapital von über einer halben Milliarde Euro verbraucht. Die Ausgleichsrücklage ist aufgezehrt und ohne die Übertragung des Kanalnetzes für 600 Millionen Euro wäre weder eine Auffüllung möglich, noch die Aufnahme von Krediten zu verhindern gewesen, wenn an großen Vorhaben festgehalten wird.

1. Gesamtlage

Gewerbsteuer / Einkommenssteuer

Die Gewerbsteuer erhöhte sich erst um 27 Millionen Euro und nach den letzten Verlautbarungen sogar um knapp 47 Millionen. Nur wenig Veränderungen gibt es bei den Einnahmen aus der Einkommenssteuer, sowie bei der Grundsteuer A und B. Hinzu kommen öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte, deren geringfügiger Zuwachs hinten den erwarteten Zahlen der letzten Jahre zurückblieb, sowie Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Verkäufen. Bei Betrachtung der prognostizierten Entwicklung der künftigen Einnahmen und der wachsenden Ausgaben fällt schnell auf, dass selbst bei gleichbleibender Zunahme der o.g. Einnahmen diese nicht ausreichen werden, um den langen Wunschzettel abzuarbeiten.

Wegweisend wird dabei nicht sein, die Gewerbsteuer zu erhöhen, um kurzfristig Mehreinnahmen zu erzielen, die aber langfristig zur Abwanderung von Gewerbetreibenden führen würde und damit die Einnahmen letztendlich reduzieren dürfte.

Nach wie vor ist es deshalb wichtig unsere Stadt als Standort für Wirtschaftsunternehmen interessanter zu gestalten und Abwanderungen in deutlich günstigere umliegende Städte zu verhindern. Das beginnt beim Abbau von Bürokratie und umfasst auch die stetige Modernisierung und Bewerbung des Standortes, um das Interesse von Unternehmen an Düsseldorf zu wecken. Die sonstigen Rahmenbedingungen müssen als Vorzüge deutlich vor den niedrigen Kosten des Umlandes überzeugen. Im nächsten Jahr werden z.B. 18 Gewerbestandorte an das Glasfasernetz angeschlossen. Damit wird ein erster wichtiger Schritt vollzogen, dem aber weitere folgen müssen.

In diesem Zusammenhang sind die Wirtschaftsbeziehungen zu Japan und anderen Ländern sicherlich hilfreich, aber auch der Brexit kann sich günstig auswirken, wenn ausländische Unternehmen alternative Standorte zu Großbritannien innerhalb der EU suchen und Düsseldorf sich durch seine Vorteile richtig präsentiert.

Kredite und Haftungen

Voraussichtlich werden im laufenden Jahr zusätzliche Kredite notwendig sein, um finanzielle Engpässe zu überbrücken und außerplanmäßige Vorhaben zu finanzieren. Das ist insbesondere wegen des geringen Spielraums zu erwarten und der regelmäßig auftretenden Sonderausgaben. Der vorgelegte Haushaltsplan ist Spitz auf Knopf berechnet worden und gerät bei zusätzlichen Ausgaben schnell ins Wanken. Dabei ist es verständlich, dass der Kernhaushalt schuldenfrei bleiben soll, um die Finanzhoheit zu behalten. Die Nebenhaushalte, z.B. für die städtischen Töchter wie Messe, IDR oder Rheinbahn, sind es bereits lange nicht mehr und weiterhin mit über 1 Milliarde Euro verschuldet.

Personalkosten

Wie auch in den vergangenen Jahren belasten die hohen Personalkosten mit Versorgungsaufwendungen das Budget der Stadt mit 661 Millionen Euro. Zum Vorjahr ist das eine erneute Steigerung von 10 Prozent. Beim Vergleich der Personalkosten pro Einwohner liegt die Landeshauptstadt im vorderen Bereich. Während in den Ruhrgebietsstädten sich die Kosten durchschnittlich auf 700 Euro pro Einwohner belaufen, liegen sie in Düsseldorf bei über 850 Euro. Es ist daher zwingend notwendig, im wechselhafter Betrachtung zur wachsenden Stadt mit 635.000 Einwohnern, einen Abbau des Personals vorzunehmen und die Digitalisierung voranzutreiben. Im Zuge der Reform "Verwaltung 2020" fand eine Stellenüberprüfung statt, wonach eine Reduzierung um 1080 Stellen erfolgen soll. Diese Streichung würde zu Einsparungen von 46 Millionen Euro pro Jahr führen. Weitere Einsparungen lassen sich aber in einigen Bereichen dadurch herbeiführen, dass eine zusätzliche Kompetenz- und Zuständigkeitsbündelung erfolgt, die Kräfte einspart und zusätzlich ggf. Behördengänge verkürzt.

Geschobene notwendige Investitionen

In verschiedenen Bereichen drohen Investitionsstaus. Zahlreiche Straßen und Brücken befinden sich in einem reparaturbedürftigen Zustand. Rund 1600 Kilometer umfasst alleine das Straßennetz unserer Stadt. Nach der Instandsetzungsliste 2018 müssen 20 Straßen in

Düsseldorf dringend ausgebessert werden. Kostenpunkt alleine hier 3 Millionen Euro. Es kann daher von verstärktem Flickern weiterer Straßen ausgegangen werden, mehr zumindest als von Sanierungen. Besonders kostenintensiv ist dabei der Erhalt der Brücken und vieler öffentlicher Gebäude. Hier werden momentan Einsparungen vorgenommen, bzw. Investitionen ausgesetzt oder auf das Notwendigste reduziert. Dadurch sind die Probleme nur aufgeschoben und werden in den kommenden Jahren erhebliche Mehraufwendungen zur Folge haben.

2. Wohnraum

Die Wohnraumsituation ist in Düsseldorf nach wie vor prekär. Zwar ist die Zahl der Bauvorhaben gestiegen und auch die Zahl der errichteten Wohnungen, jedoch wird diese Zunahme nicht den Einkommensgruppen helfen, die bereits verzweifelt nach bezahlbarem Wohnraum suchen. Für eine steigende Zahl von Berechtigten gibt es immer weniger preiswerten Wohnraum.

Der Bestand an Sozialwohnungen in NRW ist in den vergangenen 17 Jahren um 47 Prozent auf 467.000 Wohnungen eingebrochen. Bis zum Jahr 2040 sinkt der Bestand sogar um über weitere 40 Prozent, weil zahlreiche Wohnungen aus der Preisbindung fallen. Weil die Mieten in Düsseldorf seit Jahren explodieren, fällt es nicht nur Menschen mit geringerem Einkommen immer schwerer Wohnraum zu finden, sondern auch Familien mit normalen Einkommen. Inzwischen kostet durchschnittlich eine Wohnung mit 3 bis 4 Zimmern und Balkon 900 Euro Kaltmiete. Je nach Stadtteil ist es noch deutlich teurer.

Im Jahr 2018 sollen in Düsseldorf die Voraussetzungen für 1040 öffentlich geförderte bzw. 690 preisgedämpfte Wohneinheiten und im Jahr 2019 dann 1100 öffentlich geförderte und 730 preisgedämpfte Wohneinheiten geschaffen werden. Die Fördersummen steigen entsprechend stark: 2018 sind schon 73 Millionen Euro eingeplant.

Dabei täuscht die Begrifflichkeit "preisgedämpft" dezent über die Ergebnisse hinweg. Bei 9,50 Kaltmiete pro Quadratmeter, zzgl. 3 Euro Nebenkosten, kann sicherlich kaum von einer sozialverträglichen Miete gesprochen werden. Alleine beim Wohnungsamt sollen über 6.000 wohnungssuchende Haushalte registriert sein. Damit dürften rund 5 bis 6 Jahre benötigt werden, um nur diese Anfragen abzuarbeiten, sollte es bei dem bisherigen Tempo bleiben und sich die Erwartungen für die kommenden 2 Jahre umsetzen lassen.

Unter Berücksichtigung des weiteren Bevölkerungsanstiegs würde sich die Wartezeit noch dementsprechend verlängern.

Neben dem verstärkten Bau von Sozialwohnungen kann daher nur zielführend sein, über längere Bindungsfristen und ggf. über unbefristete Mietpreisbindungen zu agieren. Außerdem müssen mehr preiswerte Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau ausgewiesen und auf günstigere Bauweisen zurückgegriffen werden, die den Bedürfnissen der Einkommensgruppen entsprechen.

Was aber seitens der Verwaltung dabei als geringes und durchschnittliches Einkommen angesehen wird, konnte einer Vorlage entnommen werden und schlug medial hohe Wellen. So wurde eine vierköpfige Musterfamilie mit einem Jahresbruttoeinkommen von über 67000 Euro als Maßstab genommen.

Das "Handlungskonzept Wohnen" ist im Bereich der preisgedämpften Eigentumswohnungen rückblickend gescheitert, denn der Verkaufspreis von 2500 Euro pro Quadratmeter war für die Düsseldorfer Wohnungsmarktakteure offenbar zu niedrig. Jetzt soll der Wert auf ein marktadäquates Niveau angehoben werden. Man darf daher gespannt sein, wie hoch dieser Wert angesetzt wird und ob die Neuberechnung tatsächlich zur Schaffung von preisgedämpften Eigentumswohnungen führt.

Feierlich wurde in der Vergangenheit medial verbreitet, dass nun Wohnungen verstärkt für Asylbewerber gebaut werden. Solche Vorhaben sind ein Schlag in das Gesicht der eigenen Bürgerinnen und Bürger, die bereits jahrelang erfolglos entsprechenden Wohnraum suchen. Eine Bevorzugung oder Privilegierung von Asylanten darf nicht mehr erfolgen. Dazu zählt auch die Anmietung von Wohnungen durch die Verwaltung für die ersten 6 Monate, damit dann später ein Mietvertrag geschlossen werden kann. Aus meiner Sicht handelt es sich bei dem Vorgehen um eine Ungleichbehandlung gegenüber den anderen Wohnungssuchenden dar und ist deshalb abzulehnen.

3. Kitas und Schulen

Kitas

Die Landeshauptstadt erfreut sich einer deutlichen Zunahme von 19.000 Kindern. Aufgrund des Zuwachses werden mehr Kitaplätze benötigt. Pro Jahr sollten 1000 neue Betreuungsplätze für Kinder geschaffen werden. Dieses Ziel wurde in der Vergangenheit mal mehr und mal weniger erreicht. Nach dem Jahresbericht zur Kindertagesbetreuung liegt die Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren bei 41 Prozent, bei den Kindern von drei bis sechs Jahren bei 97 Prozent. Wie das gesetzte Ziel von 53 Prozent bei U3 bis 2020/21 gelingen soll, ist daher kaum nachvollziehbar.

Der jeweilige Wohnort in Düsseldorf spielt bei der Betreuung keine unbedeutende Rolle. In den verschiedenen Stadtteilen schwanken momentan die Betreuungsquoten bei den unter Dreijährigen zwischen knapp 7 Prozent in Kalkum, bzw. 14 Prozent in Reisholz und 62 Prozent in Heerdt, sowie 67 Prozent in Kaiserswerth.

Es bedarf somit weiterer Maßnahmen, um unseren Kleinsten einen entsprechenden Platz oder Betreuung zu bieten. Damit dieses Ziel erreicht wird, sollten Kürzungen in anderen Bereichen eine Selbstverständlichkeit sein, denn wenn regelmäßig von dem Wohl unserer Bevölkerung gesprochen wird, dann müsste die Umsetzung zumindest bei der Schaffung von ausreichenden Kita- und Betreuungsplätzen gelingen.

Schulen

Der Anstieg der Kinder wird sich auf die künftigen Investitionen im Schulbereich auswirken. Es werden mehr Klassenräume und letztendlich mehr Schulen benötigt. Daher finden die Mehrausgaben in diesem Bereich auch meine Unterstützung. Jeder Euro, der in unsere Kinder investiert wird, ist ein wichtiger und richtiger Beitrag in die Zukunft unserer Stadt und seiner Gesellschaft. Das beschlossene Finanzierungsmodell ist sicherlich umstritten, aber letztendlich wäre die Alternative eine Kreditaufnahme gewesen. Fortdauernder Unterrichtsausfall, fehlende Lehrer, bzw. Stellen die vakant und auch nicht wiederbesetzt wurden, Klassengrößen von 30 und mehr Schülern sorgen für ein Lerndefizit bei Schülern. Vermutlich gibt es deshalb keine Unterrichtsausfallstatistik, die das Dilemma aufzeigt.

Es geht aber nicht nur um die reine Schaffung von Klassenzimmern und eine Senkung der durchschnittlichen Schülerzahl, sondern ebenso um die Ausstattung der Schulen. So macht nicht nur der Anschluss von Gewerbevierteln an das Glasfasernetz Sinn, sondern auch Schulen müssen von der technischen Entwicklung profitieren. Im kommenden Jahr sollen die lokalen Schulen über einen freien und drahtlosen Zugang zum Internet verfügen. Zuletzt waren es gerade einmal 106 von 180 Standorten. Es bleibt abzuwarten, ob nach Jahren der Internetsteinzeit dieser Fortschritt nun alle unsere Schulen erreicht.

Zur weiteren Verbesserung gehört auch die Anschaffung von Tablets. Aktuell sind 3600 vorhanden, bei 80.000 Kindern und Jugendlichen. Herausragendes Beispiel für zukunftsorientierte Ausstattung ist die Wilhelm-Ferdinand-Schübler-Tagesschule in Rath. Sie hat als erste deutsche staatliche Schule iPads für alle Schüler angeschafft. Realistisches Ziel sollte es daher sein, dass zumindest 10.000 Tablets an den Schulen den Kindern zur Verfügung stehen.

4. Wir müssen mehr in die Sicherheit investieren

Besonders in der momentan angespannten Lage darf nicht an der Sicherheit der Bürger gespart werden. Zum einen wächst die Stadt weiter sehr schnell. Zum anderen ist die berechtigte Angst vor Straftaten so groß wie nie und künftig kann eher von einer weiteren Verschärfung der Gesamtsituation ausgegangen werden. Es gilt das Sicherheitsgefühl der Menschen zu berücksichtigen und die Ängste ernst zu nehmen. Bereits jetzt gibt es einzelne Gebiete, in denen unsere Bürger besonders abends Angst haben auf die Straße zu gehen. Damit ist nur nicht das Maghreb-Viertel gemeint, sondern auch Gebiete z.B. in Reisholz, Eller oder Rath. Insgesamt ist der Aufgabenbereich des OSD sehr umfangreich.

Dazu gehört nicht nur die Verkehrsüberwachung und das Verteilen von Knöllchen, auch wenn gerade bei letzterem bekanntlich auf steigende Einnahmen gesetzt wird. Im kommenden Jahr sollen 450.000 Knöllchen für Falschparker ausgestellt werden, wodurch eine Steigerung der Einnahmen auf 9,2 Millionen Euro erwartet wird. Hinzu kommen 7,2 Millionen Euro durch Geschwindigkeitsmessungen. Der Autofahrer darf eben weiterhin als Melkkuh herhalten. Die schlechte Parkraumsituation in vielen Stadtbezirken bietet dabei eine günstige Grundlage für Mehreinnahmen.

Wir Republikaner sprechen uns seit Jahren für den personellen Ausbau des OSD und der Aufstockung von Polizeikräften aus, sowie der verstärkten Präsenz von Fußstreifen. Ebenso muss der Einsatz von Videoüberwachung auf sämtliche Brennpunkte ausgeweitet werden. Hierzu gehört auch, dass die Überwachungskameras am Burgplatz unter der Woche laufen und nicht nur samstags und vor Feiertagen. Eine Abschreckung dürften die Kameras dabei weniger haben, aber manche Aufklärung beschleunigen und damit dazu beitragen, dass im Ergebnis unsere Straßen sicherer werden.

In der Vereinbarung der Ampel-Kooperation heißt es: "Wir lehnen weitere Kameras zur Videoüberwachung des öffentlichen Raumes ab." Die Grünen-Fraktion brachte dabei die Aufenthaltsqualität ins Spiel und befürchtet, dass diese unter den festinstallierten Kameras leiden würde. Ich finde, die Menschen in unserer Stadt leiden mehr unter der Kriminalität und wünschen sich eine höhere Aufklärungsquote und Inhaftierung der Straftäter. Wer nichts zu verbergen hat, der braucht sich keine Sorgen darüber zu machen, wenn Kameras zur verbesserten Ermittlungsarbeit verwendet werden.

Nach zahlreichen Messerangriffen wird endlich eine Waffenverbotszone in der Altstadt geprüft. Damit lassen sich solche Vorkommnisse zwar nicht in allen Fällen verhindern, aber sicherlich manche Konflikte entschärfen oder die Gewaltexzesse vermeiden. In den Stadtstaaten Hamburg und Bremen bestehen bereits solche Verbotszonen und in den Städten Wiesbaden und Leipzig will die Kommunalpolitik diese einführen. Selbst wenn aus rechtlichen Gründen nur ein zeitlich begrenztes Verbot möglich wäre, so sollte keine Maßnahme unversucht bleiben, um die Lage zu verbessern. Es muss aber der Kern des Problems bei Namen genannt werden. So handelt es sich oftmals nicht um einen völlig überraschendem Ausraster sonst friedliebender Menschen, sondern um Personen oder Gruppen z.B. aus nordafrikanischen Staaten, die hochgradig aggressiv und die Konfrontation suchen. Aus falsch verstandener Toleranz wird gerne auf Veröffentlichung der Täterherkunft verzichtet. So kann aber eine ernsthafte Befriedung der lokalen Krisengebiete nicht gelingen, denn auch eine Waffenverbotszone ändert nichts daran, dass die Träger von Messern und anderen Waffen weiter ihr Unwesen in der Altstadt treiben.

Zumindest würde aber durch die Errichtung einer Waffenverbotszone die Handlungsmöglichkeiten erweitert, denn wer trotzdem mit entsprechenden Gegenständen angetroffen wird, muss dann mit drastischen Geldstrafen rechnen.

An dieser Stelle muss einmal gesagt werden, unter welchen Bedingungen die Mitarbeiter des OSD teilweise ihren Dienst verrichten. Die Arbeit, z.B. in der Düsseldorfer Altstadt, ist sicherlich keine Tätigkeit die als angenehm bezeichnet werden kann und die Anzahl der Pöbeleien, Anfeindungen und körperlichen Übergriffe, wie jüngst durch einen Intensivstraftäter, sind erschreckend. Hier verrichten Männer und Frauen regelmäßig für wenig Geld eine Tätigkeit, die dem Wohl und der Sicherheit unserer Stadt dienen und mehr Akzeptanz erfahren sollte.

Wie bereits in den letzten Haushaltsberatungen regelmäßig von mir thematisiert wurde, besteht bei der lokalen Feuerwehr Investitionsbedarf. So äußerte die Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft, dass „eine stetig wachsende Landeshauptstadt mit steigenden Einsatzzahlen im Rettungsdienst und Brandschutz Anlass geben sollte, permanent das Leistungsniveau der Feuerwehr zu überprüfen.“ Bereits jetzt arbeiten die Männer und Frauen oft an der Leistungsgrenze, wenn sie zwischen Brandschutz- und Rettungsdienst springen müssen.

Dabei muss die eigene Sicherheit und Gesundheit der Feuerwehrleute mehr Berücksichtigung finden. Untersuchungen haben ergeben, dass das Krebsrisiko bis zu 30 Prozent höher ist, weil Einsatzkräfte häufiger mit gefährlichen Stoffen in Berührung kommen. Deshalb raten Fachleute dazu, dass möglichst noch am Brandort die Schutzkleidung entfernt werden muss. In den Haushaltsberatungen der benachbarten Stadt Ratingen wurde dies zum Anlass genommen zusätzliche Investitionen vorzunehmen, um einen neuen Kleiderpool zu schaffen. In Düsseldorf finden dafür Einsparungen statt, indem u.a. bei Chemikalienschutzanzügen die Nutzungsdauer verlängert wird oder bei der Unterhaltung von Fahrzeugen Kürzungen erfolgen.

Vor diesem Hintergrund darf es nicht verwundern, wenn die Nachwuchsgewinnung bei der Feuerwehr vor Problemen steht, denn welcher junge Mensch will diesen Beruf unter solchen Bedingungen ausüben.

5. Kultur

Der Kulturbegriff umfasst in Düsseldorf viele Bereiche. Kultur dient aber primär der Pflege der eigenen Identität, was heute notwendiger denn je ist, berücksichtigt man einzelne Aussagen führender Politiker, wie z.B. der Bundesintegrationsbeauftragten Özoğuz (SPD),

die unsere Kultur auf die Sprache reduzieren wollen. Kultur ist eben nicht ausschließlich die Sprache. Goethe, Luther, Bach gehören dazu, genauso Heinrich Heine, aber auch Alltägliches und natürlich das Deutschland ein christlich-jüdisch geprägtes Land ist. Wer seine Kultur aus Angst vor vermeintlichen Ausgrenzung für nicht identifizierbar erklärt und auf die Sprache reduziert, nimmt einem Volk seine Geschichte und die Zukunft. Deshalb müssen Projekte mit Heimatbezug deutlichen Vorrang genießen. Es gilt nicht nur die Leitkultur zu leben, sondern sie ist der breiten Bevölkerungsmehrheit zu präsentieren und zugänglich zu machen.

Nicht alles was sich Kunst nennt kann aber finanziell im bisherigen Umfang unterstützt werden. Sicherlich dienen einige Zahlungen der Beglückung des eigenen Wählerklientels, wie z.B. fortdauernde Bezuschussungen der "Freien Szene" oder von Graffitimalereien. Hier könnten mit meiner Zustimmung gerne großzügige Reduzierungen vorgenommen werden. Gleiches gilt für die Kürzung des Zuschusses für die Mittel für Kunst am Bau von 230.000 auf 30.000 Euro, die ich bereits bei den letzten Haushaltsberatungen gefordert hatte.

In der Kultur zeichnet sich aber ebenfalls ab, wovon andere Bereiche gleichermaßen belastet sind. So wirft der Reparaturstau für das Schauspielhaus und die Oper 45 Millionen Euro Sanierungs- und Umbaukosten auf. Dabei sind die 45 Millionen kein in Stein gemeißelter Betrag, wie wir u.a. am Aquazoo bereits gesehen haben. Bei der Oper wird momentan von 18 Millionen Euro Kosten ausgegangen und beim Schauspielhaus von rund 27 Millionen. Wie schnell sich die Kosten erhöhen können, zeigte vor wenigen Tagen die Demontage der Fassadenverkleidung des Schauspielhauses.

Die Kosten liegen mit 1,6 Millionen bereits jetzt um 60 Prozent höher als bisher geplant. Es wäre kaum überraschend, wenn die Sanierungskosten sich für beide Projekte am Ende noch deutlich teurer ausfallen werden.

Im Zusammenhang mit der Finanzierung wurde erneut diskutiert, ob private Spender die Kosten reduzieren könnten, selbst wenn Institutionen wie Museen und Theater allein von der öffentlichen Hand finanziert werden. Im diesem Zusammenhang befürworte ich die Einbringung von privaten Spendern, auch wenn Museen und Theater allein von der öffentlichen Hand finanziert werden sollen.

6. ÖPNV, Radschnellwege und Autos

In Düsseldorf wird gerne über den Ausbau des Fahrradwegenetzes diskutiert. Dabei kann es nicht darum gehen unsere Stadt zu einem zweiten Münster umzuwandeln. Eine Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmer findet bereits länger nicht mehr statt, obwohl die Landeshauptstadt eine Pendlerhochburg ist, wie aktuelle Zahlen des Statistischen Landesamtes belegen. Rechnet man alle Beschäftigten zusammen, dann beträgt die Gesamt-Einpendlerzahl für Düsseldorf 296.000 Personen. Gleichzeitig pendeln jeden Morgen fast 100.000 Düsseldorfer in andere Städte. Dabei spielen Auto und ÖPNV eine entscheidende Rolle. Rund 49 Prozent der Düsseldorfer Pendler benutzen für den Weg zum Arbeitsplatz und zurück ihr Fahrzeug. Der Ausbau von ÖPNV und dem Radverkehrsnetz ist wichtig, aber es muss im ausgeglichenem Rahmen zu den anderen Verkehrsteilnehmern erfolgen.

Fahrradautobahnen, so wie es zwischen Düsseldorf und Duisburg ins Gespräch gebracht wurde, sind daher unnötig und sorgen für keine tatsächliche Verbesserung.

7. Welche Reduzierungen und Einnahmen wurden diskutiert?

Nach der Vorstellung des Haushaltsentwurfs im September durften die Menschen in unserer Stadt vernehmen, welche Kürzungen diskutiert werden und wo weitere Einnahmen vermutet werden. Die Einsparideen trafen dabei verstärkt jene Bevölkerungsschichten, die bereits als gebeutelt bezeichnet werden dürfen, nämlich Geringverdiener und Familien.

So wurden Vorschläge präsentiert, die mit sozialer Politik rein gar nichts mehr zu tun haben: Verteuerung der Düsselferien und der Verpflegung in Kitas, sowie eine Anhebung der OGS-Gebühren. Dann folgten Kürzungen bei der Hilfe zur Erziehung und bei der Förderung der Jugendsozialarbeit und letztendlich durfte natürlich nicht die Feuerwehr fehlen. Unterstützungswürdig halte ich hingegen die Reduzierung der Zuschüsse für das Personal der Freien Träger der Wohlfahrtspflege. Es ist kaum verständlich, dass diese Arbeit übertariflich entlohnt wird, weshalb eine Senkung auf das Niveau des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst notwendig ist.

Natürlich wurde auch die Rubrik „Hoffnungen“ wieder ausreichend bedient: Das vorgestellte Sparpaket von fast 53 Millionen Euro und die Einnahmeideen erinnern dabei an einen vorweihnachtlichen Wunschzettel. Mit 19 Millionen Euro wünscht man sich nun höhere Zuwendungen und Umlagen vom Land. Zusätzlichen Einnahmen soll es durch die städtischen Tochterfirmen geben. Bereits 20 Millionen wurden im September notiert und weitere Mehreinnahmen stehen jetzt im Raum. Wie aber die Zustimmung von Mitgesellschaftern und Aufsichtsgremien gelingen wird bleibt offen, es sei denn, der Hauptgesellschafter könnte den Aufsichtsrat umgehen. Eine Erhöhung der Einnahmen wäre hier sicherlich möglich, es ist nur die Frage, wie viel Kapital den Tochterunternehmen entzogen werden kann, welches dann für weitere Investitionen fehlt.

8. Unnötige Ausgaben

Tatsächliche Möglichkeiten der Einsparung gab es bereits und gibt es wieder.

Ausgaben für Fahrradgaragen

Beispiele für verschwenderische Ausgaben hatte bereits der Bund deutscher Steuerzahler in seinem jährlichen Schwarzbuch angesprochen und im kommenden Jahr wird unsere Stadt bestimmt wieder gute Chancen auf eine erneute Erwähnung haben. So brauchen wir weder jetzt noch in der Zukunft Fahrradhäuser zum Stückpreis von 20.000 Euro, die doppelt so teuer sind wie in anderen Städten und dafür weniger Platz für Fahrräder bieten. Wo wir gerade mein Fahrrad sind: 150 Meter Fahrradweg auf der Ludwig-Zimmermann-Straße, die nicht einmal zum Radwegehauptnetz gehören, ließ man sich 250.000 Euro kosten.

ZAKK und “Rock gegen Rechts“

Gelder für Lobby- und Klientelpolitik erachte ich weiterhin als absolut streichungswürdig. So erhält das Zakk erneut über 950.000 Euro. Bereits in der Vergangenheit habe ich die weiterhin bestehenden Gründe aufgezählt, die für eine deutliche Kürzung oder komplette Streichung sprechen. Jetzt kommt noch hinzu, dass Einzelpersonen in leitender Funktion sich vor Gerichten z.B. wegen Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt verantworten mussten.

Es sind aber auch wieder die kleineren Beträge, wie das jährliche linke Happening "Rock gegen Rechts", welches voraussichtlich wieder bezuschusst wird und bisher regelmäßig von Teilen der linksextremistischen Szene unterstützt wurde. Diese Gelder können für sinnvollere Dinge eingesetzt werden, wie z.B. bei Opferschutzprojekten. Man stelle sich einmal vor, dass Konzert würde "Rock gegen Links" heißen und die Veranstaltung würde von Rechtsextremisten unterstützt. Über eine Streichung wird dann sicherlich nicht diskutiert, geschweige denn Zuschüsse überhaupt erst bewilligt.

Zuschüsse an die Fraktionen und papierlose Gremienarbeit

Ebenso ist es unnötig 1,8 Millionen sonstige ordentliche Aufwendungen für die Fraktionen zu bezahlen. Im Bereich des Sparens können Politiker mit gutem Beispiel vorangehen, insbesondere weil bereits eine völlig ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung bei den Ratsfraktionen bestehen. Deshalb wäre hier eine Halbierung der Aufwendungen notwendig.

Auch bei der papierlosen Gremienarbeit ist sicherlich eine deutliche Senkung der Ausgaben in Höhe von 865.000 Euro möglich. Selbst wenn Einsparungen von 20.000 Euro vorgenommen wurden, so wäre bei der Papiermenge ein Weniger möglich, aber auch bei den teilweise aufwendigen Präsentationen. Es müssen eben nicht zwingend Hochglanzprospekte sein, wenn die Darstellung günstiger erfolgen kann. Besonders spannend finde ich in diesem Zusammenhang immer die Momente, wenn in meinem Ratsbüro ein großer Umschlag ankommt, in dem sich ein etwas kleinerer Umschlag befindet, damit dann in diesem einen Briefumschlag gefunden werden kann, der teilweise nur eine Seite enthält. Sicherlich wird hierdurch ein gewisser Spannungsbogen erzeugt, aber so ein Vorgehen würde es in keiner Firma geben. In unserer Stadt ist es leider immer noch möglich.

Versorgung und Unterbringung von Asylanten

Ein besonderes Augenmerk fällt natürlich auf die Position der Ausgaben für die Versorgung, Unterbringung und Belustigung von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Während im Landesdurchschnitt die Versorgungs- und Unterbringungskosten bei 10.000 Euro pro Jahr und Person liegen, sind sie in Düsseldorf mit 20.000 Euro doppelt so hoch.

Diese überzogenen Standards und der All-Inklusive Aufenthalt führen dabei zu unnötigen Einwanderungsanreizen und beflügeln die Erwartungshaltungen. Bei Summierung aller Ausgaben im Bereichen der Verwaltung und der sonstigen Kosten, Investitionen und Integrationsprogrammen ergeben sich rund 200 Millionen Euro, abzüglich der Pauschalen des Landes.

Um besagte Ausgaben zu reduzieren sind deshalb die Standards auf das Notwendigste zu senken. Die Unterbringung in Sammelunterkünften und leerstehenden Gewerbeobjekten ist rund 270 Euro monatlich pro Person immer noch die günstigste Variante. In Wohnmodulanlagen liegt sie bei rund 630 Euro, in Hotels und Appartementshäusern– deren Belegung glücklicherweise dieses Jahr erst einmal für beendet erklärt wurde- waren es über 1100 Euro und in Messehallen sogar rund 1500 Euro jeden Monat pro Person. Damit dürfte die Belegungsfrage sich aus rein wirtschaftlicher Betrachtungsweise bereits von selber beantwortet haben.

Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sollen alle Bedürfnisse der Asylbewerber von den Behörden möglichst mit Sachleistungen erfüllt werden. Nur wenn der Aufwand für die Verwaltungen zu groß wird, soll auf Bargeld ausgewichen werden. Andere Bundesländer, wie z.B. Bayern, verzichtet komplett auf die Zahlungen von monatlichen Taschengeldern.

Ebenso wie auf das Taschengeld kann die Gesundheitskarte gestrichen werden, die in erster Linie nur unnötige Verwaltungskosten in Millionenhöhe verursacht. Andere Kommunen wie Moers oder Oberhausen diskutierten bereits eine Rücknahme, bzw. haben die Gesundheitskarte wieder gestrichen, aufgrund der erheblich über den des früheren Abrechnungssystems liegenden Ausgaben.

Zur Versorgung der Asylbewerber wurden in der Vergangenheit 260 neue Arbeitsstellen u.a. beim Jugend- und Sozialamt, sowie beim Ausländeramt und weitere 45 Stellen bei Wohlfahrtsverbänden geschaffen. Jetzt ist eine Reduzierung der Stellen bei freien Trägern auf 30 geplant.. Vor dem Hintergrund, dass im neuen Amt 54 für Migration und Integration über 500 Mitarbeiter zusammengezogen werden und die Aufgabengebiete der Ausländerbehörde und die „Zentrale Fachstelle für Wohnungsnotfälle, Obdachlose und Flüchtlinge“ übernehmen, wäre eine komplette Streichung der Stellen bei freien Trägern konsequent. Sollten dennoch Probleme in Einzelfällen bestehen, so können sich die

betroffenen Asylsuchenden an einen der 12 "Welcome Points" wenden und damit deren Existenz eine tiefere Rechtsfertigung verleihen.

Zudem müssen abgelehnte Asylbewerber schnellsten rückgeführt werden. Ist der Asylantrag erst einmal abgelehnt und wird die betreffenden Personen noch geduldet, muss die Kommune für die Kosten in Gänze aufkommen. Bereits Anfang des Jahres 2017 waren in Düsseldorf 900 Personen ausreisepflichtig, die weiterhin geduldet werden, wie eine Anfrage von mir ergab. Inzwischen dürfte diese Zahl auf deutlich über 1000 Personen liegen. Neben den üblichen Bezügen bestehen dann weitere Ansprüche, wie z.B. auf Krankenhilfe nach § 4 AsylbLG, der in Düsseldorf auf Basis von § 264 SGB V durch die gesetzliche Krankenversicherung erbracht wird.

Im Ergebnis lässt sich in diesem Bereich sagen: Solange im Durchschnitt ein Asylbewerber mehr kostet als zwei Rentner, besteht eine deutliche Schieflage die sich auch damit nicht begründen lässt, dass rein wirtschaftlich betrachtet die eingewanderten Personengruppen angeblich Gold wert sein sollen. Tatsächlich verdient um unser Land haben sich jene gemacht, die es nach dem Krieg wiederaufgebaut und zu dem Reichtum verholfen haben, an dem sie heute oftmals nicht teilhaben. Wo wir bei der Situation vieler Senioren in Düsseldorf sind.

8.900 Senioren leben in unserer Stadt an der Armutsgrenze. Die Zahl ist um weitere 1,6% angestiegen und wird weiter zunehmen, denn wer heute Mindestlohn erhält, dem ist später die Altersarmut garantiert. Zudem schneidet nach dem Bericht der „Kommunalen Sozialberichterstattung“ unsere Stadt im Bereich der Kinderarmut besonders schlecht ab. Über 21 Prozent der Kinder unter 15 Jahren leben in Bedarfsgemeinschaften mit SGB II Bezug. Das sind jene, die unter denkbar schlechten Voraussetzungen später retten sollen, was heute noch als Rente bezeichnet wird. Dabei ist bekannt, dass besonders Kinder aus sozial schwachen Familien der Bildungsweg eben nicht in dem Umfang offensteht, wie Kindern aus Familien höherer Einkommensgruppen. Gleichermäßen schlecht sieht die wirtschaftliche Lage vieler Alleinerziehenden und Geringverdienern aus. Wem also an einer positiven Veränderung gelegen ist, der kann bei Teilen der eigenen Bevölkerung an einer Verbesserung der Lebenssituation mitwirken.

Weiterhin dürften Integrationsmaßnahmen ausschließlich Personen mit eindeutig positiver Bleibeperspektive erfahren. Damit meine ich u.a., dass keine Sprachkurse für abgelehnte Asylbewerber notwendig sind oder für solche Personen, die offensichtlich unser Land wieder verlassen müssen.

Befürwortet werden von mir Förderungen von Asylanten mit guter Bleibeperspektive, aber nicht nur durch Sprachkurse und sicherlich noch weniger durch Yoga, Flöten- oder Reitkurse, sondern verstärkt durch Pflichtmaßnahmen, die sie gezielter auf das Leben in unserer Gesellschaft und den Arbeitsmarkt vorbereiten. In den bestehenden Kursen darf nicht nur über das Grundgesetz oder Leitlinien für das tägliche Leben unterrichtet werden, sondern verstärkt auch über relevante straf- und zivilrechtliche Normen, die sich mit Eigentumsverhältnissen und der körperlichen Unversehrtheit Dritter befassen.

8. Ergebnis / Abstimmungsverhalten

Zusammenfassend stelle ich somit fest: Unsere Stadt lebt trotz hoher Einnahmen immer noch über den Verhältnissen und kann sich diesen Lebensstil nur durch Veräußerung der finanziellen Substanz leisten oder durch Kreditaufnahmen decken. Nur durch den weiteren Verkauf des Tafelsilbers, wie dem Verkauf der Anteile an den Sana-Kliniken, die unerwartete Steigerung der Gewerbesteuereinnahmen, die niedrigere Umlage an den Landschaftsverband, sowie dem Wegfall des Städte-Solis und den Geldern aus den Überbezahlungen beim Einheitslastengesetzes, konnte ein ausgeglichener Haushalt mit letzter Kraft erreicht werden.

Die Wünsche und Vorhaben müssen kompatibel zu den Einnahmen sein. Wenn jedoch in wirtschaftlich guten Zeiten schon die Ausgaben nur schwerlich gebremst werden können, dann darf es kaum verwundern, wenn bei rückgängigen Einnahmen das Chaos herrscht.

Im Ergebnis werden wir Republikaner dem Haushalt deshalb nicht zustimmen.

9. Abschluss der Rede

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Mitarbeiter der Verwaltung,

wie immer wünsche ich allen Anwesenden und Ihren Familien ein frohes, besinnliches und vor allem friedliches Weihnachtsfest. Ich bedanke mich bei den Mitarbeitern der Verwaltung für ihr Engagement, das sicherlich für unsere Stadt eine wirkliche Bereicherung ist, auch wenn gerade dieses Wort in den letzten Jahren äußerst gelitten hat.

Beenden möchte ich meine Rede mit einem Auszug aus dem Amtseid in Art. 56 GG, der zwar nicht von den Anwesenden geleistet werden muss, aber hoffentlich trotzdem von einer Mehrheit der Ratsmitglieder mitgetragen und bei den Beratungen berücksichtigt wird, in dem sie ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm wenden.

Ende der Rede